

Die kommunale Neugliederung 1972

aus: Alsdorf Geschichte in Daten

herausgegeben vom Alsdorfer Geschichtsverein - 1991

Artikel von: R. Bast

für das Internet aufbereitet von Peter Dzinga 2001 /2010

In der Bundesrepublik Deutschland wird immer wieder über territoriale Reformen auf verschiedenen Ebenen diskutiert und gelegentlich auch beschlossen. So taucht in periodischen Abständen die Frage auf, ob Größe und Leistungsfähigkeit der Bundesländer nicht einander angeglichen werden müßten. Ein entsprechender Beschluß würde dazu führen, daß die Zahl der Länder verkleinert werden müßte. Nur einmal ist ein solcher Zusammenschluß realisiert worden: aus drei kleinen Ländern ist das heutige Bundesland Baden-Württemberg entstanden. In allen anderen Fällen sind die Diskussionen alsbald wieder eingeschlafen. Sie flammen allerdings immer wieder auf.

Die Ebene unter den Ländern ist die der Regierungsbezirke. Auch hier wird überlegt, ihnen nach Fläche und Einwohnerzahl einen vergleichbaren Zuschnitt zu geben. Insbesondere in Nordrhein-Westfalen ist diese Frage intensiv diskutiert worden. Schließlich sollten die nordrhein-westfälischen Regierungsbezirke, die die preußische Regierung nach 1815 errichtet hatte, neu geordnet werden. Der Bezirk Aachen sollte den Anfang machen. Die Maßnahme blieb aber stecken, nachdem der Regierungsbezirk Aachen aufgelöst und Köln zugeschlagen worden war.

Gleichzeitig wurde auch eine kommunale Neugliederung, verbunden mit einer Neuordnung der Kreise, in Angriff genommen. Ziel war es auch hier, größere und „leistungsfähigere“ Einheiten zu schaffen.

Die neuen Kommunen sollten eine Infrastruktur besitzen, die allen neuzeitlichen Ansprüchen, z. B. auf den Gebieten von Schule, Kultur, Gesundheitsfürsorge, Unterhaltung, Versorgung, Verwaltung, usw. gerecht werden konnte.

Auf diesem Gebiet wurden tatsächlich die umfangreichsten und tiefstgreifenden Veränderungen in einem zum Teil qualvollen Prozeß diskutiert und schließlich beschlossen.

Viele Vorschläge wurden eingebracht. So war der verstorbene Landtagsabgeordnete Hans Ferner der Meinung, eine große Lösung solle für den Raum Aachen durchgeführt werden. Er meinte, der ganze damalige Landkreis Aachen solle mit der Stadt Aachen zur neuen Stadt Aachen vereinigt werden. Natürlich regte sich dagegen heftiger Widerstand. Alte und selbstbewußte Kommunen hätten ihre Selbständigkeit verloren. Ohne solche Einbußen konnte es aber nicht abgehen. Kleinere Gemeinden mußten in größeren aufgehen oder sich mit ihnen vereinigen. Außer der „großen“ Lösung wurde auch diskutiert, Alsdorf und Hoengen zu vereinigen oder Alsdorf mit Herzogenrath und Merkstein zusammenzufassen. Dabei wurde stets besonders um den Namen des neuen Gebildes gekämpft.

Als sich abzeichnete, daß die Neuordnung unvermeidlich war, gingen Nachbargemeinden von sich aus aufeinander zu und schlossen Verträge miteinander ab, die zum Zusammenschluß führen und von Landesregierung und Landtag berücksichtigt werden sollten. Das

taten auch Alsdorf und Hoengen. Als Name der neuen Stadt wurde u. a. auch eine Benennung nach dem Broicher Bach vorgeschlagen.

Ein besonders wichtiger Gesichtspunkt war die Geländearmut der alten Stadt Alsdorf. Durch die Neugliederung sollte sie gemildert werden. Das alte Alsdorf hatte mit 2.302 Einwohnern pro qkm eine großstädtische Bevölkerungsdichte. Neues Gelände war notwendig, um die wirtschaftliche Monostruktur durch die Ansiedlung neuer Industrien aufzulockern und die zentralörtlichen Ansatzpunkte zu stärken.

Schließlich wurde im Jahre 1971 das „Aachen-Gesetz“, das die kommunale Neugliederung in unserem Raume regelte, im Düsseldorfer Landtag verabschiedet. Das Gesetz führte zu folgender Lösung:

Ort/Ortsteil	Einwohner Stand 31.12.1969	Fläche in qkm
Stadt Alsdorf	31.726	13,78
Gemeinde Hoengen	15.594	9,43
Bettendorf	359	1,88
Teile der Gemeinden:		
Bardenberg	473	1,60
Broichweiden	1.793	4,01
Kinzweiler	---	0,54
Oidtweiler	---	0,26
	49.945	31,50

Der Name der neuen Stadt sollte Alsdorf lauten.

So wurde es beschlossen und umgesetzt. Vorübergehend gab es Beauftragte statt Bürgermeister und Stadtdirektor. Nach den ersten Wahlen trat in der neuen Stadt alsbald die normale Ordnung wieder in Kraft, nur eben für eine Kommune von fast 50.000 Einwohnern. Die Bevölkerungsdichte pro qkm sank auf 1.586 und war damit immer noch hoch. Aber es gab immerhin nun mehr Gelände für Industrieansiedlungen, das, wie Vergangenheit und Gegenwart zeigen, auch genutzt wird.

Die Zusammenführung der unterschiedlichen Kommunen vollzog sich nicht ganz ohne Reibungsverluste, ist aber inzwischen offensichtlich bewältigt. Nach zum Teil einschneidenden Veränderungen - Ende von Anna, Ende des Bergbaues überhaupt - scheint das neue Alsdorf einer gedeihlichen Zukunft entgegenzugehen.